

Wenn Nebenjobs zum Problem werden

Der Landes-Rechnungshof hat sich den Umgang mit Nebenbeschäftigungen in Landesbeteiligungen genauer angesehen.

BREGENZ Normalerweise ruht zwischen Anfang Juli und Mitte September das politische Geschehen weitgehend, Parlamente treffen in der Regel keine Beschlüsse, auch Regierungsmitglieder nutzen die Gelegenheit, etwas ruhiger zu treten. Im Journalismus spricht man vom Sommerloch. In Vorarlberg war im vergangenen Jahr davon allerdings wenig zu spüren. Der Grund: Im August 2023 trat der „Siemens-Skandal“ zutage. An diesem möglichen Millionenbetrug war auch ein Mitarbeiter der Bauabteilung der Krankenhausbetriebsgesellschaft involviert. Das geschah im Rahmen einer Nebenbeschäftigung. Der Landes-Rechnungshof nahm dies zum Anlass, den Umgang mit Nebenbeschäftigungen in ausgewählten Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, zu prüfen. Der Bericht liegt nun vor.

Datengrundlagen notwendig

Genauer hat sich das Kontrollorgan des Landtags die Illwerke vkw AG – inklusive ihrer Tochterunternehmen Energienetze GmbH und Tourismus GmbH – sowie den gemeinnützigen Wohnbauträger Vogewosi angesehen. Im VN-Gespräch fasst Rechnungshofdirektorin Brigitte Egger-Bargehr zusammen: „Der wichtigste Punkt bei diesem Thema ist, dass die Unternehmen eine fundierte Datengrundlage haben. Also dass sie wissen, wer eine Nebenbeschäftigung hat, um das potenzielle Risiko beurteilen zu können.“

„Mit einem Überblick über Nebenbeschäftigungen können potenzielle Risiken eingeschätzt werden.“

Brigitte Egger-Bargehr
Landes-Rechnungshof

Egger-Bargehr hält fest, dass die Illwerke all das tatsächlich auf dem Radar gehabt hätten: „Die sind das Thema schon angegangen, dennoch haben wir festgestellt, dass es einige Nebenbeschäftigungen gibt, die den eigenen Kriterien widersprechen.“ Dabei habe es sich vor allem um solche gehan-

NEBENBESCHÄFTIGUNGEN (2023/AUSWAHL)

93 wurden der Illwerke vkw AG gemeldet – 29 davon berühren die Haupttätigkeit.

29 meldeten eine in der Energienetze GmbH – jeweils sieben im Bereich Lehre/Unterricht sowie Freizeit/Tourismus.

12 wurden in der Tourismus GmbH gemeldet – drei davon als selbstständige Tätigkeit.

8 Nebenjobs wurden der Vogewosi gemeldet – kein einziger berührte die Haupttätigkeit.

delt, die schon vor längerer Zeit genehmigt wurden.

Der soziale Wohnbauträger Vogewosi habe außerdem, so Egger-Bargehr, erst damit begonnen, die Nebentätigkeiten aufzuarbeiten, als der Landes-Rechnungshof seine Prüfung ankündigte: „Da war ein halbes Jahr nach der KHBG noch nicht so viel passiert.“ Zwar sei in den Arbeitsverträgen der Wohnbaugesellschaft festgehalten, dass alle Nebenbeschäftigungen, die in irgendeiner Art und Weise die Haupttätigkeit berühren, zu melden seien.

Abgefragt wurde aber etwas anderes – nur Nebenjobs, die die Tätigkeit bei der Vogewosi nachteilig beeinflussen könnten: „Die Klausel im Vertrag war viel strenger als die Praxis. Der Mitarbeiter musste selbst bestimmen, welche Ne-

benbeschäftigungen er meldet. Wir würden uns vorstellen, dass es Vorgaben oder Hinweise gibt. Das fehlte aber“, kritisiert Egger-Bargehr. Anträge auf Nebenbeschäftigungen seien bei der Vogewosi außerdem oft nicht ordentlich im Personalakt dokumentiert worden.

Checkliste für Landesunternehmen

Damit das in Zukunft in allen Unternehmen, an denen das Land beteiligt ist, besser klappt, hat der Landes-Rechnungshof eine Checkliste erstellt, worauf bei Nebenbeschäftigungen zu achten ist. Dieser Leitfaden werde bald – so Egger-Bargehr – auch dem Vorarlberger Corporate-Governance-Kodex zugrunde gelegt. Zwei essenzielle Punkte davon: Zum einen sollen alle entgeltlichen Nebenbeschäftigungen von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern gemeldet werden – und jene, die risikobehaftet sind, weil etwa ein Interessenkonflikt auftreten könnte, sollten genehmigt werden müssen.

Zum anderen, sagt Brigitte Egger-Bargehr, solle das Thema in die jährlichen Mitarbeitergespräche aufgenommen werden: „Das ist kein bürokratischer Aufwand, aber man hält die Daten aktuell und das Thema wird enttabuisiert.“ Sowohl Illwerke als auch Vogewosi hielten gegenüber dem Rechnungshof fest, die Empfehlungen umsetzen zu wollen. Bei diesen Vorschlägen handle es sich aber um Mindeststandards, sagt Egger-Bargehr.

Denn, und auch das hält die Direktorin fest: „Das ist ein Thema, das im Alltag eigentlich eine geringe Bedeutung hat. Aber wenn ein Problem auftritt, kann das sehr viel Aufwand auslösen.“ Wie man zum Beispiel bei den Krankenhäusern gesehen habe.

MAXIMILIAN WERNER
maximilian.werner@vn.at
0676 88005443



EINFACH
MEHR
ERFAHREN

<https://VN.AT/sun3mN>

POLITIK IN KÜRZE

Wohnkosten

WIEN Nach jahrelangen Preisanstiegen am heimischen Immobilienmarkt wurde der Eigenheimkauf 2023 wieder etwas billiger. Insgesamt fielen die Immobilienpreise im Vergleich zum Jahr davor im Durchschnitt um 2,6 Prozent, wobei der Preisrückgang vor allem bei bestehenden Wohnungen und Häusern (minus 3,7 Prozent) stattfand. Die Preise für neue Wohnungen und Häuser blieben laut Statistik Austria dagegen nahezu unverändert. Demnach ist Vorarlberg außerdem nun das teuerste Bundesland, wenn es ums Wohnen geht. Bislang führte Wien beim Medianpreis pro Quadratmeter. Der Quadratmeterpreis einer Wohnung in Österreich betrug im Vorjahr im Median 4.023 Euro, jener für ein Haus lag bei 2.678 Euro. Dabei gab es ein klares West-Ost-Gefälle. So lagen die Wohnungspreise in Bregenz (5.150 Euro pro Quadratmeter) deutlich über jenen in Graz (3.209 Euro)

Kickl im Visier

WIEN Die NEOS wollen statt über die Causa Schilling lieber wieder über die Spionageaffäre und russischen Einfluss in Österreich reden. Die pinke Parteichefin Beate Meinl-Reisinger nahm den Ex-Innenminister und heutigen FPÖ-Chef Herbert Kickl ins Visier und forderte eine Taskforce, die untersuchen solle, ob er „möglicherweise als verlängerter Arm des russischen Geheimdienstes unseren Nachrichtendienst zerschlagen“ habe. Die FPÖ ortete „substanzlose Anpatzversuche“.

Wahl-Appell

WIEN Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat gemeinsam mit den ehemaligen Bundeskanzlern Franz Vranitzky (SPÖ) und Wolfgang Schüssel (ÖVP) zur Teilnahme an der EU-Wahl am 9. Juni aufgerufen. Gekommen waren die damals federführenden Politiker, um anlässlich des Referendums für



Bundespräsident Alexander Van der Bellen rief zum Wählen auf. APA

den EU-Beitritt vor 30 Jahren in der Präsidentschaftskanzlei mit jungen Menschen zu sprechen. Der Beitritt habe zu einer „großen österreichischen Erfolgsgeschichte“ geführt, betonte Van der Bellen. Diese solle uns aber nicht ermuntern, „auf weichen Kissen nichts zu tun“.



Kommentar

Kathrin Stainer-Hämmerle

Wahlkampfgetöse

Nur mehr elf Tage bis zur EU-Wahl, 122 Tage bis zur Nationalratswahl und höchstens 14 Tage mehr bis zur Landtagswahl. Das Superwahljahr biegt zwar noch nicht auf die Zielgerade ein, trotzdem verlagern sich die Aktivitäten der Parteien spürbar

die eine oder andere Variante werden von den Parteien öffentlich ohnehin nicht ausgetauscht. Da geht es hauptsächlich darum, wer stur oder kompromissbereit ist. Auch hier: Verhindert haben es immer die anderen.

„Parteitaktik schlägt auch hier die Kontrollaufgabe des Parlaments.“

in die Wahlkampfarena. In den Koalitionen wird sich gegenseitig kein Erfolg mehr gegönnt. Für das Scheitern sind jeweils die Mitbewerber schuld. Oft fehlt es an Prinzipiellem, manchmal nur an Kleinigkeiten.

So versucht die ÖVP, die Zustimmung Österreichs zur EU-Renaturierungsverordnung zu verhindern. Zunächst halfen die Bundesländer mit einer gemeinsamen ablehnenden Stellungnahme. Dann scherten plötzlich zwei rote Bundesländer aus. Doch statt der erhofften Unterstützung liegen die Grünen nun mit dem Wiener Bürgermeister Michael Ludwig im Streit. Was wiederum die ÖVP hoffen lässt, dass es nicht zu einem Showdown kommt, ob Ministerin Leonore Gewessler am Ende allein entscheiden darf oder sie die Zustimmung ihres türkisen Amtskollegen Norbert Totschnig benötigt. Für Juristen eine spannende Frage, für die Bevölkerung eher ein verstörendes Hickhack.

In Vorarlberg hingegen scheidet die Reform des U-Ausschusses in der Zielgeraden an nur einem Punkt von insgesamt 13 Verhandlungsfragen: Entscheidet Landesverwaltungsgericht, Landesrechnungshof oder Landesvolkswirtschaftsbehörde bei Streitigkeiten zu Aktenlieferungen? Den Wählern wird es egal sein. Sie wünschen eine effektive Kontrolle der Verwaltung und eine korruptionsfreie Politik. Argumente für

Hingegen recht sang- und klanglos, vor allem ohne Auskunftspersonen, sind die U-Ausschüsse im Nationalrat zu Ende gegangen. Streit über die erlaubten Fragen, Entschlagung und Gedächtnislücken bei Befragten haben die Aufklärung von CO-FAG-Förderungen bis Signa-Pleite verhindert. Zusehen durften trotz Ankündigung der Öffentlichkeit dennoch nur die Medien. Die Abschlussberichte werden die Parteien wohl getrennt vorlegen, und niemand Außenstehender wird vermuten, dass sie alle an denselben Sitzungen teilgenommen haben. Parteitaktik schlägt auch hier die Kontrollaufgabe des Parlaments.

Vielmehr können wir erleichtert sein, dass die Ausschüsse das Ansehen des Parlaments nicht weiter beschädigt haben. Der umstrittene Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka erkannte endlich die Vorteile einer Vertretung. Seine Vertrauenswerte sind dennoch im Keller, und andere freuen sich darüber. Wenn sich das Feld parteiübergreifend im Minusbereich zusammenschiebt, dann beruhigt prominente Gesellschaft die Betroffenen. Welchen Nutzen Gewaltenteilung oder Vertrauen bringen, interessiert offensichtlich niemanden mehr. Es ist Wahlkampf. Da wird jede Partei zum Feind der anderen und der Demokratie.

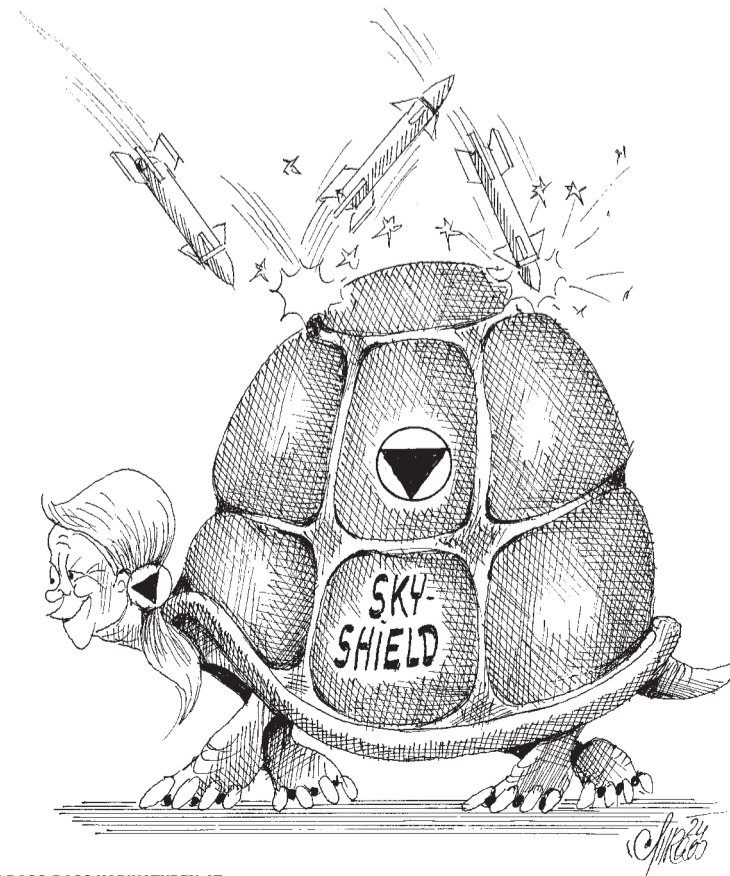


KATHRIN STAINER-HÄMMERLE
kathrin.stainer-haemmerle@vn.at

FH-Prof. Kathrin Stainer-Hämmerle, eine gebürtige Lustenauerin, lehrt Politikwissenschaften an der FH Kärnten.

KARIKATUR

„Shield“-Kröte!



SILVIO RAOS, RAOS-KARIKATUREN.AT